

IWH-Pressemitteilung 45/2013

Halle (Saale), den 19. Dezember 2013

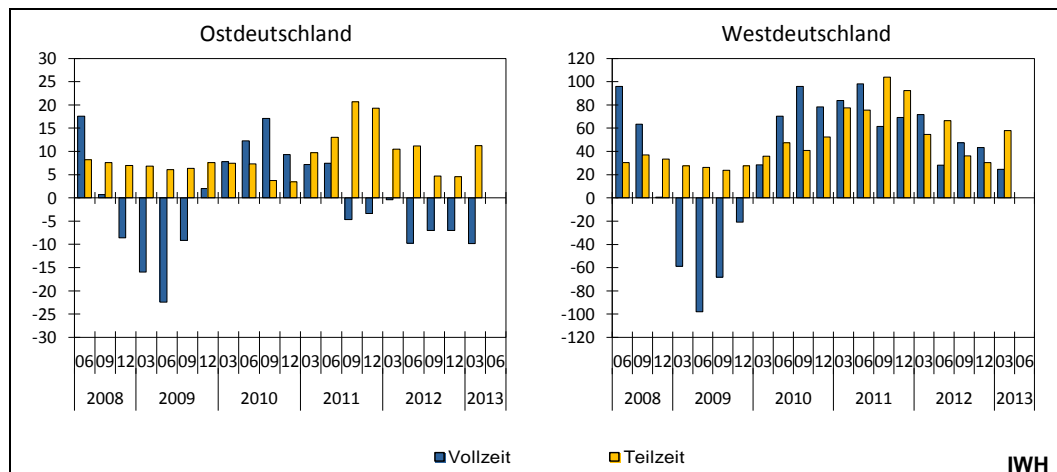
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland 2013: Mehr sozialversicherungspflichtige Jobs nur durch Teilzeit

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) Beschäftigten hat in Ostdeutschland im Verlauf dieses Jahres leicht zugenommen. Wie sich SV-pflichtige Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung entwickelt haben, konnte infolge einer Statistikumstellung vorübergehend nicht beurteilt werden. Diese Lücke wurde durch eine kürzlich erschienene Statistik geschlossen. Es hat sich ers- tens gezeigt, dass aufgrund der Statistikumstellung die Teilzeitquote im Jahr 2010 um 4,6 Prozentpunkte höher war, als davor ausgewiesen wurde. Zweitens ist die Zunahme der SV-pflichtigen Beschäftigung in Ostdeutschland seit Mitte 2011 ausschließlich auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Hingegen nahm in Westdeutschland auch die Zahl der SV-pflichtig Vollzeitbeschäftigten stetig zu.

Abbildung:

Veränderung der Zahl der SV-pflichtig Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in Ost- und Westdeutschland^{a, b}

- in 1 000 Personen -



^a Saisonbereinigt. – ^b Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Eine Ursache für die – verglichen mit Westdeutschland – unterschiedliche Entwicklung dürfte darin liegen, dass in Ostdeutschland vor allem tertiäre Wirtschaftsbereiche mit einem hohen Teilzeitanteil weiter expandiert haben, während die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe ungünstiger als in Westdeutschland war. Die Teilzeitquote bei den Sozialversicherungspflichtigen ist im Jahr 2012 in Ostdeutschland erstmals höher als in Westdeutschland.

Im Durchschnitt des Jahres 2013 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland in etwa auf dem Vorjahresstand liegen. Die Entwicklung der registrierten Arbeits-

Sperrfrist:

19. Dez. 2013,
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Hans-Ulrich Brautzsch
Telefon:
+49 345 7753 775
E-Mail:
brt@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI)

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Ostdeutschland,
Beschäftigung, Teilzeit,
Arbeitslosigkeit

Aktueller Bezug:

Jährlich erscheinend

**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

losigkeit wird – wie in den Jahren zuvor – vom schrumpfenden Arbeitsangebot beeinflusst. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2013 10,2% betragen, nach 10,5% im Vorjahr.

Veröffentlichung:

BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland 2013: Mehr sozialversicherungspflichtige Jobs nur durch Teilzeit, in: [IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 19 \(6\), 2013, 108-111](#).

Das IWH veröffentlicht die „Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland“ jährlich in der Zeitschrift „Wirtschaft im Wandel“. Die Artikelserie thematisiert jeweils ausgewählte Aspekte der aktuellen Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes anhand der Arbeitsmarktbilanz des IWH. Der vorangegangene Artikel erschien in: [IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 \(11\), 2012, 330-334](#).

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Dr. Hans-Ulrich Brautzsch
Tel.: +49 345 7753 775, E-Mail: Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: Stefanie.Orphal@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.